

verfassen werden soll. Die Begründung des kommunistischen Antrags die

Genosse Herrmann-Leipzig

gab, dramatische das reaktionäre Vorgehen des Stadtrats, der seine unerhörte Artungsmassnahmen gegen untere Arbeiterschaft durchgeföhrt hat. Genosse Herrmann betonte dabei, daß dieser Raub an den Vermögen der Armen ein Kennzeichen der Häufnis des kapitalistischen Systems ist. Wenn jetzt solche erbärmliche Sätze, die, wie in Landshut,

1 Pf. für ein Kind pro Tag

ausgerufen und in Dresden 14 Mark monatlich für ein Arbeiterkind bezogen, wenn derartige Hungerlöhne noch geföhrt werden, während gleichzeitig

für einen Polizeihund 30 RM pro Monat

ausgesprochen werden, muß die Arbeiterklasse die Volkseindlichkeit des Regimes erkennen. Die herrschende Klasse versucht, die Umverteilung der sogenannten „primären Arbeitskräfte“ unvollständig. Was die primäre „Arbeitskraft“ bedeutet, das zeigt ein Verfall in Dresden, bei dem einem Erwerbslosen auf Grund der letzten Notbilldeklaration eine völlig zerfallene Gardine ausgetauscht wurde als Gegenleistung der honesten Bürger.

Genosse Herrmann brachte bei diesen Worten einen geradezu elektrisierenden mottensprecherischen Kardinalen, der aus und wahr ihn auf den Tisch des Saales.

Die Empörung auf der Tribüne und selbst bei den bürgerlichen Professoren zeigte deutlich, daß der Sieb gelesen hatte. Genosse Herrmann betonte, daß die Erklärungen der Regierung, die halten kein Geld, ihnen überlegt seien durch die Ablehnung der kommunistischen Forderung auf Millionenteiler, Tausendteiler, Zehntel und Abbau der Gehälter der hohen Bürokratie. Auch die Tatsache, daß der Landtagspräsident auf Heberweisung von 10 Millionen Mark an die Gemeinden nicht durchgeführt ist, kennzeichnet das Einverständnis der bürgerlichen Regierung mit dem Raubzug gegen die Vermögen der Armen. Das war es, was die SPD-Arbeiter zu betrügen verurteilt über den Inhalt und die Bedeutung der neuen Notverordnung, die sie im Einverständnis mit Brüning vorbereiten hielt, während Brüning als Gegenseite ihre Verhandlung bis nach dem SPD-Vorlesung perzipiert, um den Wels und Konjunktur ihre Vertragsänderung zu erleichtern.

Die kommunistische Partei betrachtet es als ihre Pflicht, die Vermögen der Armen nicht nur durch Stellung eines Antrages im Parlament zu verteidigen, sondern durch Organisation des Massenkampfes gegen das verrottete System und seine Vertreter.

Der kommunistische Antrag angenommen!

In der Abstimmung erhebt die Regierung eine offizielle Resolution: der deutsch-nationale Antrag wird abgelehnt. Der kommunistische Antrag wird in allen 3 Abhängen angenommen, der dritte Abhang wird infolgedern ergänzt, als beschlossen wird, daß

die Reichshauptmannschaft Leipzig veranlaßt werden soll, die Stadt Leipzig anzuweisen, die vorgekommenen Auszungen sofort nachzuholen und die weiteren Auszahlungen in der früheren Höhe zu tätigen.

Es ist eine Angelegenheit der gesamten bürgerlichen Arbeiterklasse, daß die Sozialdemokratischen der Schiedsregierung und des Schlichterates zu Leipzig im Keime kritisiert werden können. Der erfolgreiche kommunistische Kampf gegen die Vermögen der Armen ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die kommunistische Partei ihre Aufgabe der Interessenvertretung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten in jeder Frage und bei jeder Gelegenheit erfüllt.

Die SPD gegen Kleingewerbetreibende

Es folgte nunmehr die Beratung über die Regierungsvorlage, die den Austausch von Land aus Anlaß der von der Stadt Dresden geplanten Errichtung einer neuen Grossmarkthalle betrifft. Dabei stand im Mittelpunkt die Entscheidung der Klammern verpflichteten Anwohner zum Gehaltsrückgang. Genosse Schudert verteilte die Meinungen der Kommunisten, die in einem Antrag forderten, den betroffenen Anwohnern, die ihre Wohnungen und Geschäftsräume verlassen müssen, eine ausreichende Entschädigung zu gewähren, soweit es sich um kleine Geschäftsteile und werksartige Anwohner handelt, und ihnen gleichwertig gelegene Wohnungen und Geschäftsräume zur Verfügung zu stellen, was allen Dingen nach die SPD getragener werden, daß die Mietes- und Geschäftsinhaber nicht geschädigt werden. Die SPD ritt durch den Abgeordneten Geel eine heftige Attacke gegen diesen Antrag. Er gab vor, zu klären, daß eine Verzögerung des Bauvorhabens einleiten würde

und wollte so den Beweis antreten, daß die Kommunisten im Interesse des Mittelstandes und der kleinen Geschäftsinhaber mehr das Wort reden, als für die Arbeiter, die durch den Neubau wieder in Arbeit kommen würden. Genosse Kauer trat diesem demagogischen Wankelmut mit aller Entschiedenheit entgegen. Die kommunistische Partei legt sich für alle durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung zugrunde gerichteten werksichtigen Schichten. Dazu gehören auch die Mittelständler und Kleingewerbetreibenden, Handwerker und Kleindauern. Die Politik der Sozialdemokratie, das zeigt die Wahl in Oldenburg, treibe aber diese Leute in die Arme der Reichslosen. Der Bau der Markthalle wird nicht um eine Minute verzögert, aber niemand, der sich diesen immer ringenden Schichten zu helfen und in eine Form mit den Arbeitern zum Kampfe gegen das Ausbeutertum zu bringen. In der Abstimmung wurde die Vorlage angenommen, der kommunistische Antrag jedoch mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Das ist die Politik der „sozialfreundlichen“ Sozialdemokratie.

Nur die SPD kämpft für die Kleinentner

Der Abgeordnete Wallner von der Volkspartei hatte einen demagogischen Antrag eingebracht, der sich den Worten nach für die Kleinentner einsetzt. Genosse Schudert enthielt sich als Redner der kommunistischen Fraktion das Monoton und wies darauf hin, daß die kommunistische Reichstagsfraktion im März dieses Jahres beantragt hatte, die im Reichshaushaltsplan eingezeichneten 35 Millionen für Kleinentner zu erhöhen auf 100 Millionen. Dieser Antrag wurde abgelehnt von allen anderen Parteien, also auch den Volkspartei. Darüber hinaus betonte er, daß auch im Vorjahr förmliche entsprechende Anträge der kommunistischen Fraktion von allen Parteien einschließlich der Volkspartei abgelehnt worden sind. Genosse Schudert teilte dabei mit, daß die kommunistische Reichstagsfraktion gemeinsam mit den Kleinentnern in Berlin den Gehaltsrückgang eines Rentnerelches ausgearbeitet hat. Dabei wird sich wieder zeigen, daß alle Parteien im Gegensatz zu den Kommunisten eine grundlegende Verbesserung der Lage der Rentner ablehnen. Die kommunistische Fraktion stellt weiter in Aussicht, bei der Beratung des Volksparteiantrages im Ausschuss Änderungsanträge dahingehend zu stellen, daß die alle Forderung der Kommunisten auf Einführung einer Einheitsfrontange ausgenommen wird. Die Kleinentner werden aus den Verhandlungen erkennen, daß sie

leibt gemeinsam mit den übrigen Unterdrückungsgruppen der gesamten Arbeiterklasse unter Führung der SPD kämpfen werden für ein menschenwürdiges Dasein durch die Beseitigung der Kapitalverdrängung und der Brüning-Diktatur, für ein sozialistisches Deutschland.

Die nächste Sitzung findet am 9. Juni statt.

Wohlfahrtspflege und Landtag

Die Beratung des Kapitels Landesfürsorge und Wohlfahrtspflege im Haushaltsausschuss A zeigte dem Reichstagsrat des heutigen Staates mit brutalster Deutlichkeit die verheerenden Folgen der „Wohlfahrtspflege“ anheimfallen, wird der Wohlfahrtsrat des Reiches abgelehnt. Die Kommunisten forderten die Erhöhung des Etats in seinen einzelnen Positionen. Die Antragsteller jener die Beseitigung des Ablasses 1 und 2 des 8 des Wohlfahrtspflegegesetzes und des 8 des Auszahlungsgesetzes, welche die Auszahlungspflicht begründen. Diese wurde von den Kommunisten verlangt eine Verzögerung der Auszahlung an die Gemeinden tritt. Verbot der Kürzung der Sozialleistungen des Kommunistischen Jugendverbandes zur Beseitigung zu stellen, und die Internationale Arbeiterliga als landesweite Organisation zu erklären.

Die Regierung, mit ihr die Christen unter Führung von Papst Siegel und Bogt und natürlich auch die Sozialdemokraten wandten sich gegen die kommunistischen Forderungen.

Neue Kommunistenhab

Neue Volksaktionen gegen die SPD zeigen die Zeit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. So vertritt der bürgerliche Reich die Nachrich, daß in München ein kommunistischer Arbeiterlager beschlagnahmt worden sei. Gegen fünf von den beschlagnahmten Personen habe man einen Haftbefehl wegen Verletzung zum Hochverrat erlassen. Weiter wurde der Bremer Parteiführer, Gen. Stamm, wegen angeblicher Spionage verhaftet.

10 Fragen an SPD-Arbeiter zum Leipziger Parteitag

1. Krise, Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung — Ist das der „organisierte“ Kapitalismus, der dem Völkerverderb auf dem Kleinen Parteitag sprach?
2. Bankerkrise, Kontrakte, Zollwucher — Ist es auch eure Meinung, daß es das „Heinrich Hebe“ ist, wenn eure Partei dafür Brüning die fehlende Mehrheit liefert?
3. Ausnahmegelege gegen Kommunisten und Freidenker — Sind sie nicht ein neues Sozialistengeheiß, das aus Polizeipräsidien gegen Klassengefechten, ja sogar Parteigenossen von euch anwendet?
4. Das Brot reicht man euren Kindern vom Munde weg — War es aber nicht euer Genosse Bode (Kamerad) über die Agrarfrage auf dem Kleinen Parteitag) der als Reichskommissar des deutsch-nationalen Reiches Schiele den Roggenpreis künstlich in die Höhe trieb?
5. „Hebung der Kaufkraft“ — fordern eure Gewerkschaftsführer, warum stimmen sie aber für Lohnraub und für Abbau der Hungerrenten?
6. Der Artikel 48 regiert, der Reichstag ist ausgeschaltet — Wo steht die „Demokratie“, wo das „Mitspracherecht“ des Volkes, wo eure Partei, die Brüning und die Schied-Diktatur unterstützt und die Einbeziehung des Reichstages verhindert?
7. Verhinderung der kommunalen Betriebe an das Finanzkapital — mit den Stimmen eurer Führer (Wenzel Berlin). Sind das die „jehmal mehr sozialistischen Erzeugnisse in Deutschland“ wie in der Sowjetunion von denen Dittmann auf dem Magdeburger Parteitag sprach?
8. Die Faschisten sind allein die Ruhmher der Brüning-Politik — Wie aber könnt ihr den Faschismus überwinden, wenn eure Partei Brüning und Schied unterstützt?
9. Russenaufrage bringen Arbeit und Brot — Warum heben eure Führer gegen das einsige Land des gegenwertigen Sozialismus? Warum holen eure Führer den Abramowitsch zur Kuplandsche jetzt zum zweitenmal nach Dresden?
10. Wieder jehmal mit Graener, als einmal mit den Kommunisten — Sagt eurer Genosse Schöppin. Ist es auch eure Meinung, oder seid ihr nicht mit uns der Fallfallung, das nur die Einheitsfront des Proletariats im revolutionären Massenkampf den Brüning-Kurs brechen und den Faschismus und Imperialismus vernichten kann?

Negersteuer-Frick am Branger

Offene Steifbruch- und Mord-Propaganda der Nazis

Dresden, den 22. Mai.

Die Dresdner Nazis hatten sich für gestern Herrn Dr. Frick verpflichtet, um ihrer letzten gemachten Propaganda einen neuen Auftrieb zu geben. Frick entledigte sich dieser Aufgabe mit der ihm eigenen Struppelhaftigkeit. Demagogische Worte gegen den Youngplan füllten den größten Teil seiner Rede. Er erwähnte nicht das bedeutungsvolle Interview des amerikanischen Journalisten, dem Hitler erklärte, daß die Vertreter der RSDAP „lediglich eine Erleichterung der Youngplanen verlangen, dafür aber vordringlich alle übernommenen Verpflichtungen erfüllen werden“ und versag auch zu sagen, weshalb die RSDAP den kommunistischen Antrag auf Einstellung aller Youngplanzahlungen gemeinsam mit den offenen Youngparteiern im Reichstagsausschuss abgelehnt hat. Herr Frick wollte sogar in diesem Zusammenhang zu erklären, die Nationalsozialisten würden sich „niemals zu Einparungen bereitfinden, die der Forderung zugute kämen“. Das magte der ehemalige Minister zu erklären, der als erster in Deutschland die gemeinnützige Massenlebensversicherung, die Negersteuer, eingeföhrt hat. Sehr interessant war die Rede, die er als angeblicher Kämpfer „gegen den Völkerverderb“ spielte. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß der „außenpolitische Sachverständige“ der RSDAP, Alfred Klenberg, im baltischen Beobachter die einseitige Ablehnung des SPD-Antrages auf Einstellung der Youngplanzahlungen ausdrücklich damit begründet hat, daß die Annahme „der Younger Vertrag“ dann zweifellos gegen Deutschland entscheiden und die Gegner solle Handlungsfreiheit haben würden. Die Hitlerpartei erweilt sich also in allen entscheidenden Fragen als eine ausgesprochene Erfüllungspartei im Dienste der herrschenden Klasse. Wie der „Janitätsche Welter, Wirtschafts- und Freiheitswille“, als dessen Wärtner Herr Dr. Frick sich hinzustellen magte, in Wahrheit aussieht, zeigt am besten die Erklärung Hitlers an den berühmtesten Finanzexperten Deutschlands und Deutschenherren Herrn Dr. Frick. Am 28. Oktober 1930 fand dieses deutliche Gespräch statt, in dessen Verlauf der „Führer der nationalen Freiheitsbewegung“ dem französischen Kapitalisten, dem amerikanischen „Erbeind“, (Zweimelbelns folgende Erklärung machte:

„Das was mir gelährte und in der nationalsozialistischen Bewegung seinen Ausdruck findende junge Deutschland hat nur den schlichten Wunsch zu einer freundschaftlichen Verständigung mit den anderen europäischen Nationen, aber nicht den Wunsch nach Militärbündnissen... Ich glaube weiter vorzuziehen zu dürfen, daß es in Deutschland noch niemand gibt, der nicht jedem ehrlichen Versuch einer Verständigung der Ver-

ziehungen zwischen Deutschland und Frankreich aus ganzem Herzen Beifall schenken wird.“

Diese Erklärung an das ausländische Kapital, die so ganz nach Curtius und Breitscheid schmeckt, kennzeichnet das wahre Gesicht der RSDAP, die nur die Massenverführerin des deutschen und internationalen Finanzkapitals darstellt.

In den Zeit-Menschen-Werken in Tokio bei Berlin streift seit dem 11. Mai eine wichtige Abteilung. Dieser Tage kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen freilebenden Arbeitern und nationalsozialistischen Streikbrechern, wobei die Streikbrecher so behandelt wurden, wie es nun einmal seit Jahrzehnten üblich ist. In einem wütenden Artikel gibt das Berliner Naziblatt „Der Angriff“ seinen Lesern von diesen Vorgängen Kenntnis und schreibt dazu am Schluß:

„Man braucht nur für jedes Opfer kommunistischer Mordhandeln einen der feigen und hinterhältigen und jüdischen Hezer der SPD, an die Wand stellen und niederfallen.“

Dann wäre in kürzester Zeit dieser Mordorganisations der Staatsmacht. Und nach den zahllosen Mordtaten dieser Partei hätte der Staat schon heute nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, in solcher Weise gegen die SPD vorzugehen.“

Das ist eine offene Aufforderung zum Mord, die natürlich den Beifall der Reaktion findet. Wir wollten einmal sehen, was mit einer kommunistischen Zeitung geschehen würde, wenn sie in dieser Weise zum Mord aufgerufen würde. Dann wäre schon ein sozialdemokratischer Polizeipräsident da, um die Nazis zu schämen.

Der oben erwähnte Artikel ist aber auch deshalb interessant, weil die Nazis hier zugeben, daß sie Streikbrecher stellen, zwar nicht offen, aber doch so, daß jeder Protest es versteht. In der bestellten Abteilung arbeiten seit einigen Tagen 26 Streikbrecher, teils Nationalsozialisten, teils Stahlhelmleute, die in der Regel in Privatautomobilen und unter dem Schutz eines größeren Polizeipatrouilles in den Betrieb gebracht und wieder abgeholt werden. Ueber die Vorgänge berichtet nun „Der Angriff“ folgendermaßen:

„Am späten Nachmittag hatten 6 Stahlfelmer gerade den Autobus verlassen und wollten gemeinsam zu den Reichs-Ten-Werken marschieren, (1) wo sie sich mit einigen Kameraden treffen wollten.“

Bei diesem Marsch durch Tempelhof kam es dann zu den gewöhnlichen Zusammenstößen. Weiter heißt es dann im „Angriff“, daß dieselben Verbrecher (gemeint sind die freilebenden Arbeiter der Red.) kaum eine Stunde später an derselben Stelle einen neuen Mordfall auf Nationalsozialisten ausführten.“

Nazi-Blatt Dresdens im Bunde mit Polen gegen USSR

Volkszeitung und Freiheitskampf brüderlich vereint

Der heftige Freiheitskampf vertritt nicht an seiner Spitze eine Bewegung, die das offene Auftreten der sogenannten „nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“ als Kettenschiff des internationalen imperialistischen Finanzkapitals im Kampf gegen die Sowjetunion kennzeichnet. „Nationalismus in Polen“, die Wirkungen der Sowjetwählerereien — So übersteht die „antilige Tageszeitung der RSDAP“ ihre 1. Seite. Den Grund bildet der große Streit der Bergarbeiter in Kattowice Kohlenrevier, bei dem durch die Pilsudski-Politik die Arbeiter geirret und über 20 verletzt wurden. Das nationalsozialistische Blatt bringt hierzu eine Weidung der Pilsudski-Politik und ist schonens genug, die polnische Mordpolitik von jeder Seite her zu verurteilen und sie dafür den — Volkshelden in die Schuld zu schieben. Das Naziblatt betätigt sich hierbei als „Wohlfahrts-genosse der sozialdemokratischen Volkszeitung, die die Ermordung der Bergarbeiter durch die Pilsudski-Kojalen durch die Arbeiter heißt „Opfer kommunistischer Hebe“ billigt. Die anderen polnischen Genossen hingegen die Ableitung ihrer Fehler von der Schuld des Pilsudski-Kurzes und der polnischen Militärischkeit, die Soldaten Arbeiter zur Anwendung scharfer Kampfmittel zwangt. Die Einheitsfront mit den polnischen Kapitalisten, den Feinden des französischen Kapitalismus, ist damit hergestellt. Die Sowjetunion von Kattowice bis Odele marschieren in einer Front gegen den polnischen Imperialismus gegen die USSR — und etwas nennt sich „national“ — und „legitimistisch“!

Polizeiaktion gegen SPD in Weihen

(Arbeiterkorrespondenz 1109)

Am Mittwoch dem 20. Mai früh am Morgen wurden in Weihen plötzlich ohne vorherige Grundangabe kommunistische Arbeiter verhaftet und gleichzeitig ihre Wohnungen eingesperrt durchsucht. Nachher stellte sich heraus, daß die Polizei die Führung des herkömmlichen Oberinspektors nach Meoselers, Station und Sprengstoff gesucht hat. Gegen Abend fanden mehrere Verhaftungen und Hausdurchsuchungen statt. Die Verhaftungen der Weihen Polizei war natürlich groß, als sie mit ihrem Kraftwagen, den sie zum Transport der „geheimen“ Waffen benötigen wollte, wieder leer abfahren mußte. Die Polizei, die wahrscheinlich auf Grund nationalsozialistischer Denunziationen, einen großen Heroinfall durch die Pilsudski-Politik gegen die Weihen Kommunisten erzielte, wird natürlich der anderen Seite die Bewaffnung der sozialistischen Arbeiter mörder weiter als legal ansehen.

Krieg

Die Lappo

Die Lappo... (Text is partially cut off and illegible)

10 Fragen an SPD-Arbeiter zum Leipziger Parteitag

1. Krise, Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung — Ist das der „organisierte“ Kapitalismus, der dem Völkerverderb auf dem Kleinen Parteitag sprach?
2. Bankerkrise, Kontrakte, Zollwucher — Ist es auch eure Meinung, daß es das „Heinrich Hebe“ ist, wenn eure Partei dafür Brüning die fehlende Mehrheit liefert?
3. Ausnahmegelege gegen Kommunisten und Freidenker — Sind sie nicht ein neues Sozialistengeheiß, das aus Polizeipräsidien gegen Klassengefechten, ja sogar Parteigenossen von euch anwendet?
4. Das Brot reicht man euren Kindern vom Munde weg — War es aber nicht euer Genosse Bode (Kamerad) über die Agrarfrage auf dem Kleinen Parteitag) der als Reichskommissar des deutsch-nationalen Reiches Schiele den Roggenpreis künstlich in die Höhe trieb?
5. „Hebung der Kaufkraft“ — fordern eure Gewerkschaftsführer, warum stimmen sie aber für Lohnraub und für Abbau der Hungerrenten?
6. Der Artikel 48 regiert, der Reichstag ist ausgeschaltet — Wo steht die „Demokratie“, wo das „Mitspracherecht“ des Volkes, wo eure Partei, die Brüning und die Schied-Diktatur unterstützt und die Einbeziehung des Reichstages verhindert?
7. Verhinderung der kommunalen Betriebe an das Finanzkapital — mit den Stimmen eurer Führer (Wenzel Berlin). Sind das die „jehmal mehr sozialistischen Erzeugnisse in Deutschland“ wie in der Sowjetunion von denen Dittmann auf dem Magdeburger Parteitag sprach?
8. Die Faschisten sind allein die Ruhmher der Brüning-Politik — Wie aber könnt ihr den Faschismus überwinden, wenn eure Partei Brüning und Schied unterstützt?
9. Russenaufrage bringen Arbeit und Brot — Warum heben eure Führer gegen das einsige Land des gegenwertigen Sozialismus? Warum holen eure Führer den Abramowitsch zur Kuplandsche jetzt zum zweitenmal nach Dresden?
10. Wieder jehmal mit Graener, als einmal mit den Kommunisten — Sagt eurer Genosse Schöppin. Ist es auch eure Meinung, oder seid ihr nicht mit uns der Fallfallung, das nur die Einheitsfront des Proletariats im revolutionären Massenkampf den Brüning-Kurs brechen und den Faschismus und Imperialismus vernichten kann?

Nazi-Blatt Dresdens im Bunde mit Polen gegen USSR

Volkszeitung und Freiheitskampf brüderlich vereint

Der heftige Freiheitskampf vertritt nicht an seiner Spitze eine Bewegung, die das offene Auftreten der sogenannten „nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“ als Kettenschiff des internationalen imperialistischen Finanzkapitals im Kampf gegen die Sowjetunion kennzeichnet. „Nationalismus in Polen“, die Wirkungen der Sowjetwählerereien — So übersteht die „antilige Tageszeitung der RSDAP“ ihre 1. Seite. Den Grund bildet der große Streit der Bergarbeiter in Kattowice Kohlenrevier, bei dem durch die Pilsudski-Politik die Arbeiter geirret und über 20 verletzt wurden. Das nationalsozialistische Blatt bringt hierzu eine Weidung der Pilsudski-Politik und ist schonens genug, die polnische Mordpolitik von jeder Seite her zu verurteilen und sie dafür den — Volkshelden in die Schuld zu schieben. Das Naziblatt betätigt sich hierbei als „Wohlfahrts-genosse der sozialdemokratischen Volkszeitung, die die Ermordung der Bergarbeiter durch die Pilsudski-Kojalen durch die Arbeiter heißt „Opfer kommunistischer Hebe“ billigt. Die anderen polnischen Genossen hingegen die Ableitung ihrer Fehler von der Schuld des Pilsudski-Kurzes und der polnischen Militärischkeit, die Soldaten Arbeiter zur Anwendung scharfer Kampfmittel zwangt. Die Einheitsfront mit den polnischen Kapitalisten, den Feinden des französischen Kapitalismus, ist damit hergestellt. Die Sowjetunion von Kattowice bis Odele marschieren in einer Front gegen den polnischen Imperialismus gegen die USSR — und etwas nennt sich „national“ — und „legitimistisch“!

Polizeiaktion gegen SPD in Weihen

(Arbeiterkorrespondenz 1109)

Am Mittwoch dem 20. Mai früh am Morgen wurden in Weihen plötzlich ohne vorherige Grundangabe kommunistische Arbeiter verhaftet und gleichzeitig ihre Wohnungen eingesperrt durchsucht. Nachher stellte sich heraus, daß die Polizei die Führung des herkömmlichen Oberinspektors nach Meoselers, Station und Sprengstoff gesucht hat. Gegen Abend fanden mehrere Verhaftungen und Hausdurchsuchungen statt. Die Verhaftungen der Weihen Polizei war natürlich groß, als sie mit ihrem Kraftwagen, den sie zum Transport der „geheimen“ Waffen benötigen wollte, wieder leer abfahren mußte. Die Polizei, die wahrscheinlich auf Grund nationalsozialistischer Denunziationen, einen großen Heroinfall durch die Pilsudski-Politik gegen die Weihen Kommunisten erzielte, wird natürlich der anderen Seite die Bewaffnung der sozialistischen Arbeiter mörder weiter als legal ansehen.